

Anträge zum Kreisparteitag 2022

Antrag 1:

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle soll wieder alle Telefonate annehmen, nicht nur die, bei denen die Rufnummer übermittelt wird.

Antrag 2:

Flutdienstboote für 700 Mio. Euro sind viel zu teuer, ebenso die beiden neuen Tankschiffe (jeweils 457 Mio.). Also: Das Vorhaben streichen und die Planung nochmal neu machen.

Antrag 3:

Streichung des EU-Vorhabens, das dazu führt, dass LKW-Fahrer nicht mehr in ihren Fahrzeugen übernachten dürfen, weil das schwachsinnig ist.

Antrag 4:

Koplette Abschaffung (d.h. nicht nur vorübergehende Aussetzung) der EU-Regel, dass Landwirte 5% ihrer Flächen nicht benutzen dürfen. Für den Naturschutz ist es sowieso besser, wenn Flächen dauerhaft für Wälder / Forstwirtschaft / Naturschutzgebiete genutzt werden.

Antrag 5:

Anderer Umgang mit Knicks: Manchmal werden Knicks ja fast vollständig abgeholzt, besser wäre aber die Knicks möglichst stehen zu lassen, damit dort dauerhaft mehr Holzmasse vorhanden ist (In Deutschland gibt es ja wohl kaum noch freie Flächen für weitere Wälder.), d.h. Nutzung der Knicks als dauerhaften CO₂-Speicher.

Antrag 6:

Es ist sehr energieaufwendig Stahl- oder Betonteile oder Pflastersteine und Gehwegplatten herzustellen, dabei entsteht viel CO₂. Mit Baumaterialien sollte ressourcenschonend (und steuerzahlerschonend) umgegangen werden, z.B. das übrige Pflastersteine grundsätzlich gelagert werden, statt diese irgendwelchen Containerfirmen zum Abtransport zu überlassen, und es sollte bei Bauvorhaben darauf geachtet werden, dass möglichst wenige neue Steine hergestellt werden müssen.

Also: Unwichtige Baumaßnahmen (z.B. Verschönerungsmaßnahmen), die große Mengen an neuen Steinen, Stahl oder Beton erfordern, werden zum Schutz des Klimas bis auf weiteres unterlassen.

Antrag 7:

Maßnahmen wegen / gegen EU-Abgeordnete von CDU/CSU/EVP wegen Verstoßes gegen das Wahlprogramm. (Sowohl im letzten Europawahlprogramm, als auch im Bundestagswahlprogramm 2021 stand ausdrücklich, dass der Verbrennungsmotor nicht abgeschafft wird.)

Antrag 8:

Abitur nach 12 Jahren scheint nicht möglich zu sein, schließlich sind die Schüler in einem Bundesland ja nicht schlauer oder dümmer als in einem anderen und deswegen kann man ein Abitur nach 12 Jahren nur hinkriegen, wenn man den Lehrplan kürzt und das ist nicht zu empfehlen.

Also entweder einigen sich alle Bundesländer auf Abitur nach 13 Jahren oder es wird ein entsprechendes Bundesgesetz eingeführt.

Antrag 9:

Auszug aus dem Koalitionsvertrag 2022-27:

420 Bundesweites Bildungsverlaufsregister

421 Wir wollen eine datenschutzkonforme Identifikationsnummer für Schülerinnen und Schüler
422 (Schüler-ID / Statistik-ID) in Schulen einführen, um das Übergangsmanagement zu verbessern
423 und den Aufbau eines Bildungsverlaufsregisters (im Rahmen des Aufbaus eines bundesweiten
424 Registers) zu ermöglichen."

Das ist übertriebene und leichtsinnige Digitalisierung, einige Digitalisierungsbefürworter sollten sich mal daran erinnern, dass Daten, die nicht vorhanden sind, auch nicht geklaut werden können. Wie viele Schüler wechseln schon die Schule? Eine Menge Server anzuschaffen und zu betreiben kostet wieder viele Rohstoffe und Energie und das alles nur, weil es nicht mehr nötig sein soll, eine Bescheinigung aus Papier zu seiner neuen Schule mitzunehmen?

Also: Es gibt weder ein bundesweites noch sonst irgendein Bildungsverlaufsregister, das ist der beste Datenschutz und für das Klima ist das auch besser.

Außerdem kann ich mich nicht erinnern, dass das im Wahlprogramm stand.

Antrag 10:

Die Verteilungsregelung für die EU-Coronahilfen basiert nur auf der ersten Welle. Mittlerweile sind aber alle EU-Mitgliedsstaaten stark von der Pandemie betroffen und man kann nicht mehr feststellen, wer mehr oder wer weniger betroffen ist, und die Pandemie ist weiterhin nicht vorbei. Also: Abänderung der Verteilungsregelung einfach nach Bevölkerungszahl des jeweiligen EU-Landes.

Antrag 11:

Abschaffung des Atomausstiegs.

Antragsteller:

Lars Hohmann, Schönberg